

Beschluss Zuhause von 18 Millionen

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.05.2025
Tagesordnungspunkt: 3. Zuhause von 18 Millionen

Antragstext

1 Zuhause von 18 Millionen

2 NRW ist das Zuhause von 18 Millionen Menschen. Es ist der Ort, an dem wir leben,
3 arbeiten, lieben, Heimat gefunden haben, aufwachsen und alt werden, der Ort, an
4 dem unsere Zukunft beginnt. Als GRÜNE machen wir in ganz NRW Politik für dieses
5 Zuhause: mit Zuversicht, Verantwortung und dem klaren Ziel, das Morgen besser zu
6 machen.

7 Die Kommunalwahl 2025 ist eine Richtungsentscheidung für unsere Städte und
8 Gemeinden, für unsere Nachbarschaften, für das tägliche Leben der Menschen. Wir
9 treten an, um zu gestalten: mit konkreten Konzepten, glaubwürdigen
10 Kandidierenden und einer starken Kampagne. Wir tragen Verantwortung in vielen
11 Städten und Kreisen und wollen sie weiter ausbauen. Dort, wo wir gestalten,
12 setzen wir unsere Ideen für sozialen Zusammenhalt, bezahlbares Wohnen,
13 Klimaschutz und eine funktionierende Infrastruktur um. Und dort, wo wir bisher
14 noch keine Gestaltungsmehrheiten haben, sind wir entschlossen, diese
15 Verantwortung zu übernehmen.

16 NRW ist das Zuhause von rund zwei Millionen Kindern. Ihnen gehört die Zukunft,
17 aber sie sind auch unsere Gegenwart. Sie verdienen einen Kitaplatz mit guter
18 Betreuung, moderne Schulen und Platz zum Spielen in ihrer Nachbarschaft. Eine
19 kindgerechte Kommune sorgt darüber hinaus für sichere Straßen, grüne Freiräume
20 und echte Mitbestimmung. Kinder sollen unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern
21 wohnortnahe Angebote nutzen können. Sie haben das Recht, gehört zu werden.
22 Unsere Politik sorgt dafür, dass ihre Stimmen Gewicht bekommen.

23 Mehr als eine Million Jugendliche in NRW haben in den letzten Jahren viel tragen
24 müssen: Corona, Krieg in Europa, wirtschaftliche Unsicherheit. Es ist Aufgabe
25 der Politik, ihnen Halt zu geben und ihnen das Gefühl zu vermitteln, gesehen zu
26 werden. Junge Menschen brauchen Räume, Rechte, Perspektiven und echte
27 Mitsprache. Wer sie aus Stadtentwicklung und Politik heraushält, verpasst
28 wertvolle Ideen, lebendige Treffpunkte und eine jugendgerechte Gestaltung
29 unserer Orte. Generationengerechtigkeit heißt für uns: ökologisch, sozial und
30 politisch verantwortlich für die nächste Generation handeln und gemeinsam mit
31 ihr.

32 Wir wollen Kommunen, die einfach funktionieren. Keine 18 Millionen
33 Behördengänge, sondern den Personalausweis per Swipe. Eine moderne Verwaltung
34 spart Zeit, Nerven und Papier, schafft echten Service für Bürger*innen und gute
35 Rahmenbedingungen für die lokale Wirtschaft. Deshalb treiben wir digitale
36 Rathäuser und Verwaltungsprozesse mit Nachdruck voran.

37 Zuhause heißt auch: dort wohnen zu können, wo man leben möchte. Wir kämpfen für
38 bezahlbare Mieten und neuen Wohnraum, der ökologisch und sozial gerecht ist.

39 Dafür brauchen wir mehr kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau,
40 gezielte Sanierungsprogramme und eine Flächenpolitik, die das Gemeinwohl in den
41 Mittelpunkt stellt.

42 Zuhause bedeutet zudem: zusammenhalten in Vielfalt. NRW ist Heimat für Menschen
43 mit unterschiedlichsten Lebenswegen, Biografien und Hintergründen. In unseren
44 Städten und Gemeinden ist die vielfältige Einwanderungsgesellschaft längst
45 Realität. Menschen jeglicher Kulturen, Religionen und Herkünfte gestalten unser
46 Land mit. Wir stehen für eine Gesellschaft des Respekts und des Miteinanders,
47 konkret, vor Ort. Ob im Hausflur, im Sportverein oder im Jugendzentrum:
48 Zusammenhalt wächst, wenn es Räume der Begegnung und starke Strukturen für
49 Engagement gibt. Mit einer aktivierenden Nachbarschaftspolitik bekämpfen wir
50 Einsamkeit und schaffen neue Gemeinschaft, gerade dort, wo sie verloren gegangen
51 ist.

52
53 Zusammenhalt braucht auch Schutz vor Ausgrenzung und Diskriminierung.
54 Rassismus, Antisemitismus und andere gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
55 bedrohen das friedliche Miteinander in unseren Städten und Gemeinden. Deshalb
56 setzen wir uns für eine kommunale Politik ein, die Rassismus klar benennt,
57 Antidiskriminierungsarbeit strukturell stärkt und marginalisierte Gruppen
58 gezielt fördert – etwa durch Ombudsstellen, kommunale Aktionspläne und eine
59 diversitätssensible Verwaltung.

60 Wir wollen, dass Kommunen Orte der Zuversicht und der Handlungsfähigkeit sind.
61 Damit das gelingt, braucht es verlässliche Rahmenbedingungen, die
62 Handlungsfähigkeit ermöglichen. Deshalb fordern wir eine echte Altschuldenlösung
63 für die Kommunen. Hier muss der Bund endlich seiner Verantwortung gerecht werden
64 und die ausgestreckte Hand des Landes ergreifen.

65 Wir wollen Städte und Gemeinden, in denen Menschen modern und stressfrei mobil
66 sind – mit einer Mobilität, die alle mitnimmt. Wir schaffen Platz für den Fuß-
67 und Radverkehr, bauen den ÖPNV aus und sorgen für gute Anbindung – auch im
68 ländlichen Raum. So wird Mobilität klimaneutral, sicher und alltagstauglich.

69 Die Klimakrise hat in Deutschland bereits zu einem Temperaturanstieg von über 2
70 Grad geführt. Wetterextreme wie Dürren, Überschwemmungen und Stürme fordern
71 unsere Kommunen im besonderen Maße heraus. Um rasch Klimaneutralität zu
72 erreichen, treiben wir die Energiewende lokal voran: mit Solar- und Windkraft,
73 mit Energieeffizienz, mit kommunalen Projekten und echter Bürgerbeteiligung.
74 Zusätzlich machen wir unsere Kommunen widerstandsfähiger in der Klimakrise,
75 gleichzeitig grüner, lebenswerter und zukunftsfest mit entsiegelten Flächen,
76 mehr Bäumen, Schwammstadt-Prinzipien und Hitzeschutz.

77 Genauso braucht es einen konsequenten Umwelt- und Naturschutz. NRW ist das
78 Zuhause von über 43.000 verschiedenen Tier-, Pilz- und Pflanzenarten und soll
79 das auch bleiben. Wir möchten grüne Wiesen statt Schottergärten, Gewässer
80 schützen und Flussläufe renaturieren. Das alles trägt zur Biodiversität und
81 Artenvielfalt bei und sorgt für ökologische Stabilität. Wo Bienen summen, Vögel
82 nisten und Wildkräuter wachsen, entsteht nicht nur Natur, sondern auch ein Raum
83 für Begegnung und Erholung.

84 Zuhause ist auch ein Ort wirtschaftlicher Perspektiven. Wir stärken kleine und
85 mittlere Unternehmen, fördern nachhaltige Geschäftsmodelle, investieren in

86 digitale Infrastruktur und setzen auf regionale Wertschöpfung. So sichern wir
87 gute Arbeitsplätze, auch jenseits der Ballungsräume.

88 Als GRÜNE NRW gehen wir mit Entschlossenheit in die Kommunalwahl 2025. Wir
89 werben um ein starkes Mandat für eine zukunftsorientierte Kommunalpolitik –
90 konkret, nahbar, mutig. Für das Zuhause von 18 Millionen Menschen. Für das
91 Morgen.

Beschluss Wohnraum für 18 Millionen - Bezahlbar, nachhaltig und vielfältig

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 24.05.2025

Tagesordnungspunkt: 3. Zuhause von 18 Millionen

Antragstext

1 **Wohnraum für 18 Millionen - Bezahlbar,** 2 **nachhaltig und vielfältig**

3 Wohnen darf kein Luxus sein, weder in der Stadt noch auf dem Land. Während in
4 Ballungsräumen die Mieten explodieren, verfallen anderswo sanierungsbedürftige
5 Immobilien. In Innenstädten wird Wohnraum immer knapper und gleichzeitig stehen
6 Büroflächen leer. Es entstehen weiterhin Luxuswohnungen für wenige, während
7 bezahlbarer Wohnraum für die Mehrheit fehlt. Ein Wohnungsmarkt, der systematisch
8 am Bedarf der Menschen vorbeiplant, ist ein Markt, der versagt. Und es wird zu
9 wenig gebaut. Bauen ist zu teuer geworden. Das Ergebnis: Es fehlen dringend
10 benötigte Wohnungen und die wenigen verfügbaren Wohnungen in Stadtnähe sind kaum
11 bezahlbar.

12 Wir GRÜNE NRW stehen für eine Wohnungs- und Baupolitik, die langfristig soziale
13 Sicherheit bietet, den Zusammenhalt stärkt und dabei unsere natürlichen
14 Ressourcen schont. Passgenaue Lösungen sollen den vielfältigen Wohnbedürfnissen
15 gerecht werden, vom Singlehaushalt über Alleinerziehende und junge Familien bis
16 hin zu älteren Menschen. Gleichwertig werden Wohnbedürfnisse für das
17 Selbstständige Wohnen für Menschen mit Behinderung und Wohnungen für Programme
18 zur Wohnungslosenhilfe berücksichtigt.

19 Wir überlassen den Wohnungsmarkt nicht länger Spekulant*innen, sondern sorgen
20 dafür, dass Wohnraum dort entsteht und erhalten bleibt, wo und wie die Menschen
21 ihn brauchen – bezahlbar, nachhaltig und vielfältig.

22 Wir ergänzen die klugen und lokal zugeschnittenen Ansätze unserer Kommunen um
23 Maßnahmen in Land und Bund. Einen wichtigen Hebel sehen wir in der Baupolitik.

24 **Bezahlbares Wohnen & Bauen**

25 Bezahlbares Wohnen ist längst zur sozialen Frage unserer Zeit geworden. In
26 vielen Großstädten verschlingt die Miete einen immer größeren Teil des
27 Einkommens. Viele Menschen haben nach der Miete kaum noch Geld übrig für
28 Lebensmittel, Kleidung, Bildung und Freizeitaktivitäten. Das hat gravierende
29 Folgen für das Gerechtigkeitsgefühl der Menschen, den sozialen Zusammenhalt und
30 individuelle Lebensplanung. Während immer weniger Menschen eine bezahlbare
31 Wohnung finden, wird Wohnraum oft zum Spielball renditegetriebener Interessen.
32 Wir GRÜNE NRW stellen uns dem entschieden entgegen: Wohnen ist kein
33 Spekulationsobjekt, sondern die Grundlage für Teilhabe, Sicherheit und ein gutes
34 Leben. Unser Ziel ist eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik, die Menschen
35 entlastet und die Kommunen in ihrem Handeln und das Vertrauen in einen
36 funktionierenden Staat stärkt.

37 Wir setzen uns auf Bundesebene für ein Vorkaufsrecht ein, damit Kommunen die
38 Möglichkeit bekommen auf ihrem Gemeindegebiet das Vorkaufsrecht aktiv und zum
39 Verkehrswert auszuüben.

40 Kommunale Wohnungsbaunternehmen sind für uns die zentralen Akteure unserer
41 Wohnungspolitik. Sie garantieren nicht nur, dass günstiger Wohnraum entsteht,
42 sondern dieser Wohnraum auch günstig bleibt. Wo wir es nur können, wollen und
43 werden wir sie stärken, damit sie ihre Aufgabe erfüllen und ausbauen können.

44 Unser Plan für bezahlbares Wohnen und Bauen in den Kommunen:

- 45 • kommunale Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaftsmodelle und
46 gemeinwohlorientierte Eigentumsformen stärken - Förder- und
47 Beratungsstrukturen hierfür ausbauen
- 48 • mehr bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende, Alleinerziehende, Studierende
49 und junge Berufstätige schaffen
- 50 • aktive kommunale Bodenpolitik mit kommunalen Vorkaufsrechten auch bei
51 Share Deals und Erbpachtmodellen
- 52 • Übernachtungsplattformen wie AirBnB in angespannten Wohnungsmärkten
53 begrenzen
- 54 • Schrottimmobiliën-Missbrauchsbekämpfungsgesetz durchsetzen: gegen
55 missbräuchliche Ersteigerungen von Schrottimmobiliën und deren Vermietung
56 angehen. Wir nehmen insbesondere die rassistisch motivierte Ausbeutung
57 migrantischer Haushalte durch Vermietende in den Blick, die
58 Schrottimmobiliën systematisch an marginalisierte Gruppen vergeben – oft
59 ohne rechtssichere Verträge, mit gesundheitsgefährdenden Wohnbedingungen
60 und massiven Abhängigkeitsverhältnissen. Die Bekämpfung solcher Praktiken
61 muss durch mehrsprachige Aufklärungsangebote, interkulturell geschulte
62 Kontrollbehörden und effektive Sanktionen flankiert werden.
- 63 • Problem- und Schrottimmobiliën mithilfe von Förderprogrammen wieder dem
64 Markt zuführen
- 65 • Vorrang für Verdichtung und Aufstockung von Gebäuden statt Bauen in
66 ökologisch wertvollen Gebieten

67 Mieter*innen vor Preissteigerungen schützen

68 Für NRW hat die schwarz-grüne Landesregierung zum 1. März 2025 die
69 Mieterschutzverordnung NRW erweitert und verlängert. In nun 57 Kommunen sind
70 Mieter*innen vor unverhältnismäßigen Preissteigerungen bei Neuvermietungen und
71 im Bestand geschützt. Außerdem ist die Kündigungssperre bei der Anmeldung von
72 Eigenbedarf von 5 auf 8 Jahre erhöht worden. Das sorgt dafür, dass Wohnen
73 bezahlbar bleibt und gibt Mieter*innen Sicherheit. Das ist ein überfälliger
74 Schritt, aber er allein reicht noch nicht aus: Mieter*innen brauchen endlich
75 echten Schutz vor Preisdruck und Verdrängung. Wir setzen uns außerdem auf
76 Bundesebene dafür ein, dass die Mietpreisbremse über 2025 hinaus gilt, denn nur
77 dann kann auch die Mieterschutzverordnung weitergeführt werden.

78 Wohnraumstärkungsgesetz verbessern

79 Das aktuelle Wohnraumstärkungsgesetz sorgt schon jetzt dafür, dass Gemeinden
80 über die kommunalen Wohnungsämter eingreifen können, wenn Wohnimmobilien
81 vernachlässigt oder zweckentfremdet werden. Das Gesetz kann aber noch optimiert
82 werden, u.a. indem die Frist für Kurzzeitvermietungen weiter reduziert wird und
83 Übernachtungsplattformen weiter begrenzt werden.

84 Mehr Wohnungen für NRW

85 NRW lässt die Kommunen nicht allein mit der Aufgabe, in sozialen Wohnungsbau und
86 Bestandsumbau zu investieren. Bestandsimmobilien auszubauen und zu modernisieren
87 ist in vielen Fällen deutlich günstiger als neu zu bauen. Die schwarz-grüne
88 Landesregierung hat die Mittel für das Wohnraumförderprogramm in den letzten
89 Jahren weiter aufgestockt: Bis 2027 stellt sie 10,5 Milliarden Euro u.a. für den
90 Erwerb oder Neubau von bezahlbaren Mietwohnungen bereit. Damit steigt der Anreiz
91 für Investor*innen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Über die Wohnraumförderung
92 wird auch die Modernisierung und energetische Sanierung von Bestandsimmobilien
93 gefördert. So investiert die schwarz-grüne Landesregierung aktiv in den
94 Klimaschutz im Wohnungsmarkt.

95 Umbauen erleichtern

96 Durch die Änderung der Landesbauordnung NRW wurden für den Umbau von
97 Wohnimmobilien bereits mehr Spielräume geschaffen, beispielsweise Dachausbauten
98 vereinfacht. Das Ziel muss sein, noch mehr Nachverdichtung im Bestand zu
99 erreichen. Mit der Nachverdichtung schaffen wir einfacher und günstiger
100 zusätzlichen Wohnraum. Dabei wird keine Fläche neu versiegelt und die vorhandene
101 Infrastruktur kann mitgenutzt werden. Wir sprechen uns daher für eine
102 "Oldtimerregelung" aus, die es ermöglicht, Bestandsgebäude auszubauen, ohne alle
103 neuen Standards erfüllen zu müssen.

104 Wir wollen auch den Denkmalschutz in unsere Überlegungen einschließen, damit er
105 sinnvolle Vorhaben, wie z.B. Dachausbauten, nicht grundsätzlich verhindert.

106 Bauherr*innen entlasten und Auflagen reduzieren

107 Viele Baustandards sind mit enormen Anforderungen an Bauherr*innen, langen
108 Bauzeiten und hohen Baukosten verbunden. Sie wären laut Expert*innen aber
109 ökologisch, ökonomisch und bautechnisch teilweise verzichtbar. Zum Beispiel sind
110 Stahlbetondecken im Neubau 18 Zentimeter stark. Die Stärke der Decke kann aber
111 um vier Zentimeter reduziert werden, ohne den erforderlichen Mindestschallschutz
112 zu verletzen. Der Materialeinsatz und die Kosten würden zudem deutlich sinken.

113 Hier müssen wir pragmatischer und effizienter werden. Die letzte Bundesregierung
114 ist mit dem Vorschlag für den neuen Gebäudetyp E einen ersten Schritt gegangen.
115 Mit dieser Bauweise können Projektierer*innen schneller und günstiger bauen,
116 indem sie auf unnötige Standards und Vorgaben rechtssicher verzichten können,
117 ohne dass Sicherheits- oder Qualitätsstandards beeinträchtigt werden. Das
118 einfache Bauen mit Gebäudetyp E könnte auch in NRW einen Beitrag für mehr
119 bezahlbare Wohnungen leisten. Um schnell und kostengünstig bezahlbaren Wohnraum

120 zu schaffen, unterstützen wir serielles und modulares Bauen. Durch die
121 Vorfertigung von Bauteilen wird Zeit, Geld und Arbeitskraft eingespart, ohne auf
122 ökologische Standards zu verzichten.

123 Entbürokratisierung und Digitalisierung bei Bauverfahren

124 Dort wo möglich, setzen wir uns für Vereinfachungen und Entbürokratisierung in
125 der Bauordnung ein, um Verfahren zu beschleunigen und Bürger*innen sowie
126 Personal in der Bauverwaltung zu entlasten. Mit einer vollständigen und
127 flächendeckenden Digitalisierung der Bauleitplanverfahren können zudem
128 Planungszeiten und somit Kosten reduziert werden. Das Bauportal NRW muss
129 weiterentwickelt werden, um allen Kommunen auf diesem Weg die digitale
130 Baugenehmigung zu ermöglichen. Ziel ist die Chancen der Digitalisierung zu
131 nutzen, sodass Verwaltung und Bauherr*innen effizienter und kostengünstiger
132 bauen können. Jeden Cent, den Bauherr*innen beim Planen und Bauen sparen, müssen
133 sie nicht auf Miet- oder Kaufpreise umlegen.

134 Soziales Wohnen & Bauen

135 Wohnen ist vielfältig und das muss sich in unserer Politik widerspiegeln. Wir
136 wollen generationengerechte Quartiere, in denen junge Familien, genau wie
137 Alleinerziehende oder ältere Menschen, passende Wohnformen finden. Durch
138 veränderte Sozialstrukturen in unserer Gesellschaft werden zunehmend kleinere
139 Wohnungen benötigt, denn in über 40% aller Haushalte wohnt nur noch eine Person.
140 Gleichzeitig sind für größere Familien kaum bezahlbare Wohnungen in
141 ausreichender Größe zu finden. Barrierefreiheit, gemeinschaftliches Wohnen und
142 soziale Infrastruktur sind entscheidend, um lebendige Nachbarschaften zu
143 erhalten – in Stadt und Land gleichermaßen. Die Preisbindung vieler sozialer
144 Wohnungen läuft in den kommenden Jahren aus. Als Folge wird sich die Situation
145 am Wohnungsmarkt weiter verschärfen. Wir machen deshalb jetzt Vorschläge, um
146 dieser Problemlage zuvorzukommen.

147 Unser Plan für soziales Wohnen und Bauen in den Kommunen:

- 148 • Sozialwohnungen erhalten und ausbauen
- 149 • Kommunen sollen eigene Wohnungen über kommunale Wohnungsvereinigungen
150 bewirtschaften
- 151 • barrierefreies und barrierearmes Wohnen fördern
- 152 • mit Housing First Projekten Wohnungs- und Obdachlosigkeit beenden
- 153 • spezielle betreute Wohnangebote (z. B. für Pflegebedürftige oder kognitiv
154 oder körperlich Beeinträchtigte) erweitern
- 155 • Ankauf von Belegungsrechten weiter ausbauen

156 Zudem wollen wir prüfen, wie eine Umwandlungsverordnung, die die Umwandlung von
157 Miet- in Eigentumswohnungen unter einen Genehmigungsvorbehalt stellt, den
158 Bestand der Mietwohnungen in besonders angespannten Wohnungsmärkten wahren kann.

159 Ein Zuhause in NRW für alle

160 Wohnen ist ein Grundrecht. Damit sich das auch rechtlich widerspiegelt, planen
161 wir in NRW das Recht auf Wohnen in die Landesverfassung aufzunehmen. Langfristig
162 wollen wir auch das Ziel der sozialen Bodennutzung in der Landesverfassung
163 verankern.

164 Wir bekräftigen die Forderungen aus unserem Parteitagebeschluss "Wohnraum für
165 alle" vom Juni 2024: Wir wollen Wohnungs- und Obdachlosigkeit überwinden.
166 Wohnungspolitische und strukturelle Maßnahmen ergänzen wir um Prävention,
167 passende Hilfesysteme und gesundheitspolitische Maßnahmen, insbesondere die
168 Umsetzung von Housing First Konzepten. Wir begrüßen daher, dass die
169 Landesinitiative "Endlich ein ZUHAUSE!" zuletzt von der schwarz-grünen
170 Landesregierung bis 2027 verlängert wurde. Sie stellt den Kommunen über 15
171 Millionen Euro zur Verfügung, um Projekte für obdachlose, wohnungslose und von
172 Wohnungsverlust bedrohte Menschen zu unterstützen.

173 Förderprogramme bewahren und ausbauen, entrümpeln und
174 effizienter gestalten

175 In der letzten Legislatur hat die Ampel-Regierung zahlreiche Förderprogramme auf
176 den Weg gebracht, zum Beispiel das Programm "Jung kauft Alt", das junge Familien
177 beim Erwerb eines sanierungsbedürftigen Bestandsgebäude fördert. In der
178 Wohnraumförderung des Landes NRW gibt es ebenso einen Baustein "Jung kauft Alt".
179 Dieser muss weiter ausgebaut werden.

180 Auch bei der Neuen Wohngemeinnützigkeit werden wir uns dafür einsetzen, dass das
181 Rad nicht wieder zurückgedreht wird. Am Gemeinwohl orientierte Investor*innen
182 sollen mit dem Programm „Neue Wohngemeinnützigkeit“ weiterhin einen
183 Investitionszuschuss bis zu 20 Prozent für jede neue dauerhaft günstige Wohnung
184 sowie für Modernisierungen und Ankäufe erhalten.

185 Das Bundesprogramm "Junges Wohnen" fördert aktuell Neu-, Aus-, und Umbau von
186 Wohnheimplätzen für Studierende und Auszubildende mit 500 Millionen Euro (aus
187 den Mitteln des sozialen Wohnungsbaus) und schafft bezahlbare Unterkünfte.

188 Wir fordern von der neuen Bundesregierung, dass sie diese Programme fortsetzen
189 und ausbauen.

190 Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt aktiv bekämpfen

191 Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt, insbesondere dort, wo der Wohnraum knapper
192 wird, treffen marginalisierte Gruppen in besonderem Maße. Menschen mit
193 Migrationshintergrund, Alleinerziehende, Wohnungs- oder Obdachlose oder auch
194 Menschen mit Behinderung sind überproportional von dieser Alltagsdiskriminierung
195 betroffen. Insbesondere die rassistische Diskriminierung ist laut Studien ein
196 verbreitetes Problem, bleibt aber häufig im Dunklen. Wir setzen uns daher
197 entschieden gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt ein.

198 Nachhaltiges Wohnen & Bauen

199 Der Klimaschutz beim Bauen hinkt stark hinterher, so ist der Gebäudesektor für
200 35% des Endenergieverbrauchs und 30% des CO₂ Ausstoßes verantwortlich. In jedem
201 Haus steckt eine immense Menge an grauer Energie, also der Energieaufwand, der
202 über den gesamten Lebenszyklus der eingesetzten Materialien verbraucht wird.

203 Unsere Klimaziele erreichen wir nur mit ambitionierten Maßnahmen. Das
204 Gebäudeenergiegesetz (GEG) des Bundes ist dabei ein wichtiger Erfolg und darf
205 von der neuen Bundesregierung nicht rückabgewickelt werden. Das würde nicht nur
206 zu großer Verunsicherung in der Bevölkerung führen, sondern es würde auch einen
207 entscheidenden Hebel für das klimaneutrale Bauen und Wohnen außer Gefecht
208 setzen. Ein weiterer wichtiger Hebel für mehr Nachhaltigkeit ist energetisches
209 Sanieren. Dafür fordern wir eine schnellere Modernisierungsoffensive bei
210 Bestandsimmobilien. Der Ansatz des seriellen Sanierens bietet eine große Chance,
211 schneller und effizienter voranzukommen. Denn nur mit flächendeckender
212 energetischer Sanierung unserer bestehenden Wohngebäude können wir endlich
213 unsere Klimaschutzziele erreichen.

214 Wir möchten das Potenzial von ungenutzten Bürogebäuden und leerstehenden
215 Immobilien, die für andere Nutzungen vorgesehen waren, heben. Deren Umnutzung
216 kann günstiger sein als neu zu bauen und ist in den meisten Fällen nachhaltiger.
217 So schaffen wir eine Umbaukultur, die Ressourcen und Flächen spart. Uns ist
218 klar, dass wir auch neue Flächen in Anspruch nehmen müssen, wollen diese aber
219 auf das Mindeste begrenzen und setzen zuvorderst auf Flächenrecycling und
220 Innenverdichtung. Bei neuen Flächen wollen wir so effizient und flächenschonend
221 wie möglich bauen. Die Umnutzung dieser Flächen zu Wohnraum wollen wir
222 voranbringen und einfacher machen. Klar ist aber auch: Unversiegelte Fläche darf
223 kein Spekulationsobjekt werden.

224 Unser Plan für nachhaltiges Wohnen und Bauen in den Kommunen:

- 225 • Nachverdichtung nach sozialen und ökologischen Standards, beispielsweise
226 durch Bereitstellung von Baulücken und Brachflächen im allgemeinen
227 Siedlungsbereich, aber auch durch Aufstockung von Gebäuden
- 228 • unbürokratische Umnutzung leerstehender Büro- und Gewerbeflächen
- 229 • Ausbau von Bestandsbauten
- 230 • kommunale Wärmewende und- planung für klimaschonende Wärmeversorgung
- 231 • energetisches und serielles Sanieren

232 Pragmatische Ideen und Innovationen weiterentwickeln

233 Für klimaneutrales Bauen in der Zukunft spielen Innovation und neue Technologien
234 eine entscheidende Rolle. Wir befürworten die Entwicklung und den Einsatz von
235 Materialien oder Konstruktionsmethoden, wie beispielsweise der konstruktiven
236 Effizienz, die den klimaschädlichen Ausstoß minimieren. Nachhaltige Rohstoffe
237 wie zum Beispiel Rezyklate sollten vermehrt zum Einsatz kommen. Im
238 Förderprogramm "Innovation im Bau" des Landes NRW, das die schwarz-grüne

239 Landesregierung mit 4,5 Millionen Euro hinterlegt hat, wird die Entwicklung und
240 der Einsatz von nachhaltigen Baustoffen unterstützt.

241 Die schwarz-grüne Regierung zeigt, dass Pragmatismus an der richtigen Stelle
242 hilft: Mit der Änderung der Landesbauordnung NRW wurden Abweichungen von der
243 Bauordnung für neue Bau- und Wohnkonzepte ermöglicht.

244 Klimaschutz im Bau und niedrigere Baukosten

245 Hohe Effizienzstandards für den Neubau von Wohnungen gewährleisten, dass wir
246 unsere Klimaschutzziele im Gebäudebereich erreichen können. Gleichzeitig
247 verursachen sie auch teilweise höhere Baukosten. Die Folge: Es wird weniger
248 gebaut. Wir wollen daher pragmatisch prüfen, wie wir den Anspruch an eine hohe
249 Energieeffizienz mit niedrigeren Baukosten für den klimagerechten Wohnungsbau
250 vereinen können. Wir wollen energiesparende Effizienzvorgaben mit einem erhöhten
251 Einsatz von ökologisch nachhaltigen bzw. recycelten Materialien kombinieren, um
252 einen geringeren CO2 Ausstoß effektiver zu gewährleisten. Nachhaltigkeit im
253 Gebäudesektor bedeutet für uns einen ganzheitlichen bzw. lebenszyklischen
254 Ansatz, der die Emissionen der eingesetzten Materialien, die Energieeffizienz
255 sowie die Wiederverwertbarkeit nach Abbruch betrachtet. Lebenszyklusanalysen
256 stellen dar, wie von Bau, Betrieb bis zum Abriss Ressourcen benötigt werden.
257 Damit lässt sich der Fußabdruck eines Bauprojekts zwischen Umbau von Bestand
258 oder Abriss und Neubau fundiert betrachten. Gebäuderessourcenpässe sollten daher
259 zunächst im Neubau und langfristig für alle Gebäude erstellt werden. Ziel muss
260 das kreislaufgerechte Bauen sein.

261 Baustoffe wiederverwerten

262 Unsere Häuser sind wahre Rohstofflager, die viel zu oft einfach weggeschmissen
263 werden. Recycelte Baustoffe dürfen nicht mehr als Abfall, sondern als Wertstoffe
264 gesehen werden. Das schont die Umwelt und senkt die Baukosten. Wir fordern, dass
265 der Einsatz von recycelten Baumaterialien deutlich vereinfacht, finanziell
266 gefördert und bei Vergaberichtlinien gefordert werden soll.

267 Die Bauwende braucht das Handwerk als zentrale Kraft für klimafreundliches und
268 ressourcenschonendes Bauen. Damit der Einsatz von recycelten Baustoffen gelingt,
269 müssen Handwerksbetriebe gezielt unterstützt werden durch praxisnahe
270 Weiterbildung und modernes Know-how, das auch in der Ausbildung der Bauberufe
271 verankert ist. Denn nachhaltiges Bauen wird zunehmend zum Qualitätsmerkmal und
272 Wettbewerbsvorteil. Statt einer Wegwerfarchitektur muss bereits beim Neubau bei
273 der Planung darauf geachtet werden, was sich später wiederverwenden lässt.
274 Genehmigungsverfahren für alle Bauvorhaben sollen so angepasst werden, dass der
275 Einsatz von recycelten Baustoffen erleichtert wird. Der Handel mit recycelten
276 Materialien ist der Markt der Zukunft in der Baubranche.

277 Leben im Quartier - Wir-Gefühl stärken

278 Zuhause ist mehr als vier Wände. Es ist auch der Zusammenhalt vor Ort. Das nette
279 Gespräch über den Gartenzaun, die gemeinsame Sportgruppe im Grünen, das neue
280 Café um die Ecke. Überall dort, wo sich Menschen begegnen, entsteht ein Wir-
281 Gefühl. Hier fühlen sich Menschen sicher und zuversichtlich. Wir möchten

282 Begegnungsräume schaffen und erhalten, damit Nachbarschaften Orte sind, wo
283 Menschen in Vielfalt zusammenleben.

284 Im ländlichen Raum geht es oft darum, Leerstand sinnvoll zu nutzen und die
285 Attraktivität von Wohnorten zu steigern. Deshalb wollen wir gezielt in Ortskerne
286 investieren, Wohnprojekte mit sozialen Begegnungsräumen fördern und kleine
287 Kommunen dabei unterstützen, eine lebendige Infrastruktur aufrechtzuerhalten. So
288 können wir junge Familien in den Orten halten und den ländlichen Raum auch für
289 Städter*innen attraktiver machen.

290 Zuhause ist auch direkt vor der Tür Platz für Freizeit und Erholung zu haben.
291 Wir möchten lebenswerte Quartiere für alle Generationen, in denen man im Sommer
292 die Hitze gut aushalten kann, weil die Fassaden begrünt sind, es Bäume gibt, die
293 Schatten spenden und Wasserläufe, die abkühlen. Dort, wo es dafür Platz braucht,
294 fördern wir die Umverteilung des öffentlichen Raums. Wir investieren in unsere
295 Zukunft und machen unsere Nachbarschaften klimaresilient. Neben Begrünung und
296 Entsiegelung gehört dazu auch eine lokale Energieversorgung z.B. mit
297 Solaranlagen auf Dächern und Balkonen.

298 Unser Punkteplan für Leben im Quartier und Nachbarschaftsgestaltung in den
299 Kommunen:

- 300 • Förderung von Begegnungsräumen wie Jugendtreffpunkte, Nachbarschaftsheime,
301 Bürgervereine
- 302 • Förderung von Nachbarschaftsprojekten und nachhaltigen und inklusiven
303 Initiativen
- 304 • Hitze- und Lärmaktionspläne
- 305 • Förderung grüner Vorgärten sowie von Dach- und Fassadengrün
- 306 • Quartiersgestaltung mit Bürgerbeteiligung
- 307 • Dezentralisierung von Energieversorgung

308 Gemeinsam statt einsam

309 Wo immer mehr Menschen alleine leben, sind auch immer mehr Menschen einsam.
310 Einsamkeit macht Menschen krank. Eine gute Nachbarschaft, in der Menschen
311 Angebote haben, um zusammenzukommen, kann dem vorbeugen. Die schwarz-grüne
312 Landesregierung hat deshalb den Aktionsplan gegen Einsamkeit verabschiedet und
313 unterstützt lokale Projekte gegen Einsamkeit.

314 Strukturen im Bund nicht rückabwickeln

315 Wir erwarten, dass der Bund die Städtebauförderung als bewährtes Instrument für
316 die Kommunen erhält und fordern eine Ausweitung. Das schafft Planungssicherheit
317 für die ohnehin stark belasteten Kommunen in NRW. 50% der Mittel fließen dabei
318 in den ländlichen Raum.

319 Des weiteren fordern wir eine Neuauflage des Innenstadtprogramms "Zukunftsfähige
320 Innenstädte und Zentren", damit Stadtkerne ein Aufenthaltsort von Lebensqualität

321 bleiben und den Anpassungsdruck zu managen können. Dazu gehört auch die
322 Gestaltung von öffentlichen Grünanlagen, Parks, Wasser- und Spielflächen, denn
323 diese ist wichtig für die Klimaanpassung und macht die Zentren attraktiver.

Beschluss Stationäre Kinder- und Jugendhilfe in NRW zukunftssicher aufstellen

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 24.05.2025

Tagesordnungspunkt: 3. Zuhause von 18 Millionen

Antragstext**1 Stationäre Kinder- und Jugendhilfe in NRW
2 zukunftssicher aufstellen**

3 Die stationäre Kinder- und Jugendhilfe spielt eine entscheidende Rolle bei der
4 Unterstützung von Kindern und Jugendlichen, die aus verschiedenen Gründen nicht
5 in ihren Herkunftsfamilien aufwachsen können. Diese Kinder und Jugendlichen
6 brauchen ein Umfeld und bestmögliche Bedingungen, um Erfahrungen zu verarbeiten,
7 Ressourcen zu entwickeln und Entwicklungsaufgaben zu bewältigen. In den letzten
8 Jahren war die stationäre Kinder- und Jugendhilfe als Lebens- und Lernfeld sowie
9 als Arbeitsfeld besonderen Herausforderungen ausgesetzt. Kommunale Jugendämter
10 sind überlastet und es ist eine tägliche Herausforderung, den Kinder- und
11 Jugendschutz zu jeder Zeit und flächendeckend sicherzustellen.

12 Für Kinder und Jugendliche, die aus ihren familiären Strukturen herausgenommen
13 werden müssen oder wenn sie sich eine andere Unterbringung wünschen, ist oft
14 keine wohnortnahe Unterbringung möglich. In wenigen Fällen ist eine weitere
15 Entfernung vom Wohnort zum Wohl der Jugendlichen und Kinder sinnvoll. In den
16 meisten Fällen ist es sinnvoll, wenn junge Menschen Bezüge zu ihrem sozialen
17 Umfeld in der Schule, mit Freund*innen und in Vereinen aufrechterhalten können.
18 Wenn es keine verfügbaren Plätze gibt, werden Unterbringungsmöglichkeiten im
19 gesamten Bundesgebiet gesucht und angefragt. Das ist ein belastender Aufwand für
20 die Mitarbeitenden im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) der kommunalen
21 Jugendämter und eine Ungewissheit für die Kinder und Jugendlichen, die bereits
22 in einer krisenhaften Situation sind. Angebote wie "Die Freiplatzmeldung"
23 sollten besser bekannt gemacht und genutzt werden. Angekommen in den Gruppen
24 führt der steigende Personalmangel immer häufiger dazu, dass Gruppen am
25 Wochenende schließen müssen, und Kinder und Jugendliche kurzzeitig auf andere
26 Gruppen verteilt werden und es zu geplanter Überbelegung kommt. Hier braucht es
27 Antworten!

28 Eine davon ist die Fachkräfteoffensive unserer Ministerin Josefine Paul. Mit
29 „What the Future“ wird in der mehrjährigen Kampagne für Sozial- und
30 Erziehungsberufe geworben. Der erste Schwerpunkt ist die Berufswahlorientierung
31 von jungen Menschen, die für dieses spannende Arbeitsfeld begeistert werden
32 sollen. In den nächsten Schritten geht es auch um Erleichterungen des
33 Quereinstiegs und die Gewinnung von Fachkräften aus dem Ausland.

34 Jugendliche und Kinder, die in Jugendhilfeeinrichtungen leben, haben besondere
35 Bedürfnisse. Um den Bedürfnissen dieser vulnerablen Gruppe gerecht zu werden,
36 ist es notwendig, die Rahmenbedingungen und die Qualität der stationären
37 Jugendhilfe zu verbessern, sich den aktuellen Aufgaben zu stellen und diese
38 zukunftssicher aufzustellen.

39 Wir setzen uns für eine zukunftssichere stationäre Kinder- und Jugendhilfe ein,
40 die junge Menschen in herausfordernden Lebenslagen verlässlich begleitet und
41 ihnen echte Chancen für ein selbstbestimmtes Leben bietet. Fachkräfte in diesem
42 wichtigen Arbeitsfeld verdienen unsere gesamte Unterstützung und Aufmerksamkeit.
43 Stationäre Jugendhilfe kann nur gemeinsam, ressortübergreifend und im
44 Schulterschluss funktionieren.

45 Deshalb setzen wir uns für auskömmliche Kommunalfinanzen ein. Der öffentliche
46 Träger der Jugendhilfe - das kommunale Jugendamt - muss in jedem Einzelfall die
47 Hilfen zur Verfügung stellen, die die Kinder und Jugendlichen benötigen.

48 1. Zukunft gelingt nur gemeinsam!

49 Die Herausforderungen und Probleme in der stationären Kinder- und Jugendhilfe
50 sind lange gewachsen und geprägt von transgenerationalen Traumatisierungen und
51 Erfahrungen. Wir wollen daher eine interne Arbeitsgruppe von beteiligten
52 Fachkräften, Politiker*innen und Jugendlichen einsetzen, die fachliche
53 Handlungsempfehlungen entwickelt. Hier gilt es nicht nur die Lebens- und
54 Arbeitsbedingungen in den Blick zu nehmen, sondern auch den bürokratischen
55 Aufwand.

56
57 Eine zukunftssichere stationäre Jugendhilfe braucht auch eine konsequente
58 Auseinandersetzung mit institutionellem Rassismus. Kinder und Jugendliche mit
59 Rassismuserfahrungen, insbesondere Schwarze Kinder und Jugendliche, People of
60 Color, Rom*nja und Sinti*zze, erleben häufig zusätzliche Belastungen und
61 Ausschlüsse. Wir setzen uns dafür ein, dass Einrichtungen und Fachkräfte durch
62 verbindliche Fortbildungen zu Rassismuskritik, Empowerment-Angeboten für
63 Betroffene sowie diversitätsbewusster Teamentwicklung gestärkt werden. Auch
64 Beschwerde- und Ombudssysteme müssen für betroffene Kinder niedrigschwellig
65 erreichbar und vertrauenswürdig sein.

66 2. Partizipation von Kindern und Jugendlichen aus der 67 stationären Jugendhilfe

68 Kinder und Jugendliche müssen an den sie betreffenden Entscheidungen beteiligt
69 werden. Unser Ziel ist hier klar: junge Menschen in der stationären Jugendhilfe
70 müssen in ihrer Selbstvertretung gestärkt werden, eine umfassende und inklusive
71 Teilhabe soll ermöglicht werden. Ein wichtiges Gremium dafür ist der
72 Jugendhilfeausschuss auf kommunaler Ebene. Hier gilt es, bestehende
73 Selbstvertretungen von Kindern und Jugendlichen, wie beispielsweise "Jugend
74 vertritt Jugend", in der stationären Kinder- und Jugendhilfe zu verankern. Dort,
75 wo sie bereits existieren, sollen sie weiter gestärkt und alle Voraussetzungen
76 für Teilhabe geschaffen werden. Dafür braucht es finanzielle und personelle
77 Ressourcen, um Vorlagen durchzusprechen, politische Verfahren zu erklären und
78 die Jugendlichen zu unterstützen und zu begleiten. Für uns GRÜNE NRW ist klar,
79 lasst uns miteinander statt übereinander reden und gemeinsam Lösungen
80 entwickeln.

81 3. Mit den Jugendämtern im Schulterchluss

82 Mitarbeitende im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) im Jugendamt tragen eine hohe
83 Verantwortung bei gleichzeitig immer stärker werdender Arbeitsbelastung und
84 Fällen mit multiplen Problemlagen. Hier heißt es: gegensteuern!

85 Wir wollen verstehen, wo Dokumentationspflichten und bürokratische Hürden in der
86 stationären Jugendhilfe reduziert werden können, damit Fachkräfte mehr Zeit für
87 die direkte Arbeit mit jungen Menschen haben. Ziel ist eine unbürokratische,
88 effiziente und zugleich qualitativ hochwertige Jugendhilfe.

89 Mit dem Landeskinderschutzgesetz hat Nordrhein-Westfalen das bundesweit stärkste
90 Gesetz zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt und Vernachlässigung
91 geschaffen. Mit diesem Gesetz stärken wir insbesondere die Strukturen vor Ort.
92 Durch Qualitätsentwicklungsverfahren und eine Qualitätsberatung werden die
93 Jugendämter konkret unterstützt. Darüber hinaus stärkt das
94 Landeskinderschutzgesetz die Kommunen auch finanziell.

95 Den Weg der strukturellen Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe müssen wir
96 konsequent weitergehen. Gerade bei komplexen Problemlagen braucht es eine klare
97 Identifikation dieser Fälle und eine Unterstützung der Mitarbeitenden durch
98 multiprofessionelle Teams (wie z.B. Psycholog*innen, Psychotherapeut*innen,
99 erfahrenen Einrichtungsleiter*innen), vermehrte Supervision und Fortbildung. Wir
100 GRÜNE NRW stehen dafür ein, die Mehrbelastungen in den Blick zu nehmen und
101 Grundlagen für Finanzierung und Realisierung zu schaffen. Nur so kann es uns
102 gelingen, den Kinder- und Jugendschutz weiter professionell sicherzustellen.

103 4. Nachhaltige Übergänge – Careleaver*innen im Fokus

104 Careleaver*innen verlassen als junge Erwachsene die stationäre Kinder- und
105 Jugendhilfe. Der Start in das eigene Leben ist für viele junge Menschen eine
106 Herausforderung, für junge Erwachsene aus der stationären Kinder- und
107 Jugendhilfe darüber hinaus noch mehr. Günstiger Wohnraum ist knapp, finanzielle
108 Ressourcen und Sicherheiten in ausreichendem Maße nicht aufgebaut, Startkapital
109 fehlt und die Sicherheit durch Strukturen fällt weg. Für alle jungen Erwachsenen
110 kann der Start ins eigene Leben scheitern und sie kehren nach Hause zurück.
111 Scheitert der Start für junge Erwachsene aus der stationären Kinder- und
112 Jugendhilfe, stehen sie vor großen Herausforderungen. Eine Rückkehr in die
113 stationäre Jugendhilfe ist grundsätzlich möglich, aber in der Realität aufgrund
114 mangelnder Plätze und mangelnder Finanzierung oft nicht realisierbar. In
115 extremen Situationen droht für die jungen Erwachsenen hier Wohnungslosigkeit.
116 Das verursacht Druck. Hier braucht es Lösungen, genug finanzielle und personelle
117 Ressourcen für gut begleitete Übergänge und eine gemeinsame Vereinbarung, keinen
118 jungen Menschen alleine zu lassen. Eine Möglichkeit wären Housing First Angebote
119 speziell für Heranwachsende. Zukunft kann nur ohne Angst und existenziellen
120 Druck gestaltet werden.

121 5. Perspektiven öffnen: Mehr Rechte, mehr Chancen

122 Als Grüne setzen wir uns mit voller Überzeugung dafür ein, dass Kinderrechte und
123 der Schutz von Kindern endlich die gesellschaftliche Aufmerksamkeit bekommen,
124 die sie verdienen. Wir begrüßen daher, dass die Schwarz-Grüne Landesregierung

125 den Einsatz eines unabhängige*n Beauftragte*n für Kinderschutz und Kinderrechte
126 auf den Weg gebracht hat.

127 Jugendliche und Kinder, die in stationären Jugendhilfeeinrichtungen leben und
128 die Fachkräfte, die mit ihnen arbeiten, stehen oft im Schatten der öffentlichen
129 Wahrnehmung. Uns sind sie aber wichtig! Sie sollten unsere Wertschätzung und
130 Unterstützung erhalten. Wir möchten Kommunen und Träger so ausstatten, dass sie
131 in hoher fachlicher Qualität, partizipativ und inklusiv arbeiten können.
132 Bürokratische Hürden möchten wir abbauen und Zugänge erleichtern.

133 Damit das Wohl der Kinder und Jugendlichen immer an erster Stelle steht.

134 6. Pflegekinder und besondere Bedarfe nicht vergessen

135 Ein großer Teil der Hilfen zur Erziehung findet außerhalb stationärer
136 Einrichtungen in Pflegefamilien statt. Gerade Pflegekinder mit besonderen
137 Bedürfnissen – etwa durch Traumatisierung, Behinderung oder chronische
138 Erkrankungen – brauchen passgenaue, gut ausgestattete Unterstützung.
139 Pflegefamilien leisten hier oft Außergewöhnliches und brauchen dafür mehr
140 Rückhalt.

141 Wir setzen uns für bessere finanzielle Ausstattung, gezielte Qualifizierung,
142 Zugang zu Supervision und Entlastungsangebote für Pflegeeltern ein. Für Kinder
143 mit komplexem Unterstützungsbedarf braucht es außerdem eine enge Kooperation
144 zwischen Pflegekinderdienst, ASD und Fachberatung – auch über das 18. Lebensjahr
145 hinaus.

146 Pflegekinder gehören genauso ins Zentrum der Jugendhilfe wie Kinder in
147 stationären Einrichtungen – ihre Perspektive muss mitgedacht und ihre Teilhabe
148 gesichert werden.

Beschluss Damit die „Gurbet“ Zuhause bleibt

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.05.2025
Tagesordnungspunkt: 3. Zuhause von 18 Millionen

Antragstext

1 Damit die „Gurbet“ Zuhause bleibt

2 „Gurbet“ – das ist das türkische Wort für „Fremde“ und es steht für so vieles.
3 Es steht vor allem mit all seinen Facetten sowie Widersprüchen für das neue
4 Zuhause der Millionen Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter in Deutschland.

5 Nordrhein-Westfalen, so wie wir es heute als Zuhause kennen, haben wir auch den
6 vielen Gastarbeiter*innen, also der ersten Generation der Arbeitsmigrant*innen,
7 die zu Beginn der Republikgründung nach Deutschland kamen, zu verdanken. 1955
8 wurde das erste Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Italien
9 geschlossen, also vor genau 70 Jahren. Es folgten weitere Abkommen mit Ländern
10 wie Griechenland, Spanien, Marokko, Südkorea, Portugal, Tunesien und
11 Jugoslawien. Im Jahr 1961 unterzeichneten die Bundesrepublik Deutschland und die
12 Türkei das Abkommen zur Anwerbung von Arbeitskräften aus der Türkei. Dieses
13 Abkommen jährt sich 2026 zum 70. Mal.

14 Die erste Generation der Arbeitsmigrant*innen, die zwischen 1955 und 1970 nach
15 Deutschland kamen, ist heute größtenteils im Senior*innenalter. Viele von
16 ihnen verbrachten einen Großteil ihres Lebens hier, Deutschland ist für sie und
17 ihre Familien zur Heimat geworden. Diese Generation hat das heutige Nordrhein-
18 Westfalen maßgeblich mitgeprägt und ist ein wichtiger Bestandteil unserer
19 vielfältigen Gesellschaft heute. Wir haben als Land von einer offenen und
20 vielfältigen Gesellschaft profitiert, sie ist kulturell schlichtweg nicht
21 wegzudenken. Diese Offenheit gilt es auch weiterhin hochzuhalten, denn sonst
22 bleibt unserem Land die dringend nötige Einwanderung von Arbeits- und
23 Fachkräften aus dem Ausland vorbehalten.

24 Damit die Lebensleistung angemessen gewürdigt wird

25 Die sogenannten „Gastarbeiter*innen“ aus diesen Ländern leisteten einen
26 entscheidenden Beitrag zum wirtschaftlichen Aufstieg in der Nachkriegszeit. Doch
27 sie waren vor allem bereit, in physisch besonders anspruchsvollen
28 Wirtschaftssektoren unseres Bundeslandes zu arbeiten: im Bergbau oder in der
29 Stahl- und Automobilindustrie, in Bereichen, die nicht nur unseren Wohlstand
30 sichern, sondern auch kulturell feste Bestandteile unserer Identität und unseres
31 Zusammenlebens ausmachen. Unter schwierigen und gesundheitlich belastenden
32 Bedingungen, schlechten Wohnverhältnissen - oft unter langer Trennung von der
33 Familie und zu oft auch unter vernachlässigten Arbeitssicherheitsstandards sowie
34 schlechteren Stundenlöhnen. Die Arbeitsniederlegung überwiegend türkeistämmiger
35 Arbeitnehmer*innen im Kölner Werk des Autoherstellers Ford für „1 DM mehr pro
36 Stunde“ im August 1973, erzählt auch die Geschichte ihrer Widerständigkeit,
37 bestehende Verhältnisse nicht einfach hinzunehmen.

38 Damit die Geschichten von Gastarbeiterinnen erzählt werden

39 Die Geschichte von Frauen unter den Arbeitsmigrant*innen, die einen erheblichen
40 Teil der Arbeitskräfte stellten, wird auch heute noch zu selten erzählt.
41 Migrantinnen fanden vor allem Beschäftigung in der Textil-, Bekleidungs-,
42 Nahrungs- und Genussmittelindustrie, aber auch in vielen gesundheitsschädlichen
43 Bereichen wie der Elektrotechnik und der Metallindustrie. Zudem gab es viele
44 Bereiche im weiblichen Dienstleistungssektor, in denen die tarifliche Regelung
45 entweder fehlte oder unzureichend war, wie zum Beispiel im Hotel- und
46 Gaststättengewerbe oder in der Hauswirtschaft. Irreguläre
47 Beschäftigungsverhältnisse spielten in diesen Sektoren eine relevante Rolle. So
48 sind ehemalige Gastarbeiterinnen, heutige Mitbürgerinnen im Rentenalter, von
49 Altersarmut und anderen sozialen Folgen in besonderer Weise betroffen.

50 Gurbet gestalten, damit Zusammenhalt gestärkt wird

51 Auch im 70. Jahr nach Unterzeichnung der Anwerbeabkommen mit Italien, der Türkei
52 und den vielen weiteren Ländern ist die Würdigung der Lebensleistung von
53 Arbeitsmigrant*innen eine gesellschaftliche Querschnittsaufgabe. Sich für ihre
54 Belange einzusetzen heißt, weiter für eine offene, plurale Gesellschaft
55 einzustehen und die zweiten, dritten, vierten und folgenden Generationen als die
56 Bereicherung unserer Gesellschaft anzuerkennen, die sie sind. Die Zugehörigkeit
57 der ersten Generation und ihrer Kinder zu Deutschland wurde von der
58 Mehrheitsgesellschaft lange bestritten und musste von ihnen in jahrzehntelangen
59 politischen Auseinandersetzungen und breiten gesellschaftlichen Bündnissen hart
60 erkämpft werden. Zusätzlich zu alltäglichem und strukturellem Rassismus erlebten
61 sie immer wieder Wellen von Hass und Ablehnung. So gehört die entschlossene
62 Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus dazu.

63 Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW wollen wir ein würdevolles Altern der Senior*innen
64 fördern, die im Zuge der Anwerbeabkommen nach Nordrhein-Westfalen kamen.

65 Deswegen setzen wir uns als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW dafür ein:

- 66 • die Interkulturelle Öffnung in den Institutionen der Altenpflege und -
67 hilfe nachhaltig voranzutreiben. Dazu gehört kultur- und
68 diskriminierungssensibele Pflege in den Rahmenlehrplan des Landes für die
69 Ausbildung zur Pflegefachkraft aufzunehmen. Ziel sollte die Entwicklung
70 einer kultur- und diskriminierungssensibeln Haltung sein. Bei der
71 Umsetzung kultur- und diskriminierungssensiblen Ansätze darauf zu achten,
72 dass niedrigschwellige, aufsuchende, muttersprachliche Informations- und
73 Beratungsangebote zur Verfügung stehen.
- 74 • Besonders Senior*innen aus den Ländern, mit denen wir ein Abkommen
75 abgeschlossen haben, erleben im Pflege- und Gesundheitssystem Ausgrenzung,
76 zu oft auch eine doppelte – als Migrant*innen und als religiös markierte
77 Personen. Wir setzen uns deshalb ausdrücklich für die Benennung und
78 Bekämpfung von Rassismus in all seinen Formen ein, auch im Zugang zu
79 Pflege, Wohnen, öffentlichem Raum und Teilhabe. Pflegestrukturen müssen

80 kultursensibel, diskriminierungskritisch und religiös diversitätsbewusst
81 gestaltet werden.

- 82 • Quartiersprojekte, die gegen die Vereinsamung im Alter arbeiten, für
83 ältere Menschen aller Herkunftsländer zu öffnen und diese speziell zu
84 fördern. Dabei darauf zu achten, aufsuchende Angebote zu etablieren, die
85 die Betroffenen direkt ansprechen. Wohnraum zur Verfügung zu stellen, der
86 altersgerecht, barrierefrei und vor allem sozial verträglich ist.
- 87 • Muslimische und andere religiöse Bestattungsmöglichkeiten in NRW zu
88 schaffen und auszuweiten.
- 89 • Das Aufenthaltsrecht explizit für die erste Generation so zu gestalten,
90 dass sie nicht mehr dazu verpflichtet sind, im 6-Monats-Takt eine Einreise
91 in die Bundesrepublik vorzuweisen. Realität ist, dass gerade Senior*innen
92 in ihren Geburtsländern eine längere Zeit im Jahr genießen möchten. Eine
93 derartige Neuregelung bedeutet eine Anerkennung ihrer Lebenssituation und
94 gebietet zudem den Respekt vor ihrer Lebensleistung.

95 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW steht aber auch fest, dass wir uns gemeinsam und
96 parteiübergreifend weiterhin dafür einsetzen, Partizipation zu ermöglichen und
97 Diskriminierung und Rassismus zu bekämpfen. So haben wir uns in der letzten
98 Bundesregierung maßgeblich dafür eingesetzt, die Lebensleistung der
99 Gastarbeitergeneration auch damit anzuerkennen, dass wir die Einbürgerung für
100 sie erleichtert haben. Diese Erleichterungen gilt es jetzt auf Bundesebene von
101 NRW aus zu verteidigen, so auch im Bundesrat.

102 Darüber hinaus werden wir uns weiterhin dafür einsetzen:

- 103 • Das kommunale Wahlrecht für Staatsbürger*innen aus Drittstaaten zu
104 ermöglichen.
- 105 • Die Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung mit aller Kraft
106 voranzutreiben.
- 107 • Echte Teilhabe muss ausgebaut werden: Wir setzen uns für die strukturelle
108 Stärkung und finanzielle Ausstattung von Migrant*innenorganisationen ein.
109 Unser Ziel bleibt dabei, dass politische Partizipation auf allen Ebenen
110 der Einwanderungsgesellschaft gerecht werden muss.
111 Integrationsräte und Beiräte können der erste Schritt sein, sind aber
112 nicht das Ende dessen. Junge Menschen aus Einwandererfamilien brauchen
113 Räume des Empowerments, politische Bildung und Zugang zu
114 Entscheidungsprozessen. Antidiskriminierungsarbeit muss dauerhaft
115 finanziert und in allen relevanten Institutionen verankert sein – von
116 Schulen über Jobcenter bis zur Polizei.

117 Die Migrationsgeschichte von Nordrhein-Westfalen ist vielfältig und ein Gewinn
118 für unser Einwanderungsland. Daher gilt es die Migrations- und
119 Einwanderungsgeschichte Deutschlands und des Landes NRW in Kunst und Kultur zu
120 fördern:

- 121 • Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW haben wir stets das Dokumentationszentrum
122 und Museum über die Migration in Deutschland DOMiD am Standort Köln

123 unterstützt. Seine Strahlkraft gilt es weiterhin zu stärken, da es noch zu
124 viele Geschichten unter unseren Mitbürger*innen gibt, die es
125 weiterzuerzählen gilt.

- 126 • So wollen wir die Migrations- und Einwanderungsgeschichte Deutschlands und
127 des Landes NRW im Schulunterricht verankern.